

Bürgerbegehren gegen schnelle Fusion

Initiative übergab im Rathaus Kronshagen Listen mit über 2000 Unterschriften an den Bürgermeister

VON TORSTEN MÜLLER

KRONSHAGEN. Innerhalb von einer Woche sind in Kronshagen mehr als 2000 Unterschriften bei einem Bürgerbegehren gegen die schnelle Zusammenlegung der beiden Grundschulen gesammelt worden. Mit-Initiatorin Yvonne Schneider übergab die Listen am Montag im Rathaus an Bürgermeister Ingo Sander (CDU). „Das ist ein sehr deutliches Votum gegen eine überreile und unüberlegte Zwangsfusion bereits zum kommenden Schuljahr“, sagte sie.

Wie berichtet, zielt das Bürgerbegehren auf die Einleitung eines Bürgerentscheides mit der Frage: „Sind Sie gegen eine Fusion der Eichendorff-Schule und der Brüder-Grimm-Schule zu einer großen Grundschule mit über 450 Kindern zum Schuljahr 2017/18?“. Die politische Mehrheit von CDU und F&K befuhrwortet eine rasche Zusammenlegung, um die soziale Durchmischung der Klassen und die Bildungschancen aller Kinder zu verbessern. Die Antragsteller beklagen aber, dass bisher weder ein Konzept für die Fusion noch eine fundierte Problemanalyse vorliege. Mögliche Alternativen, wie etwa eine Verlagerung des Zentrums für

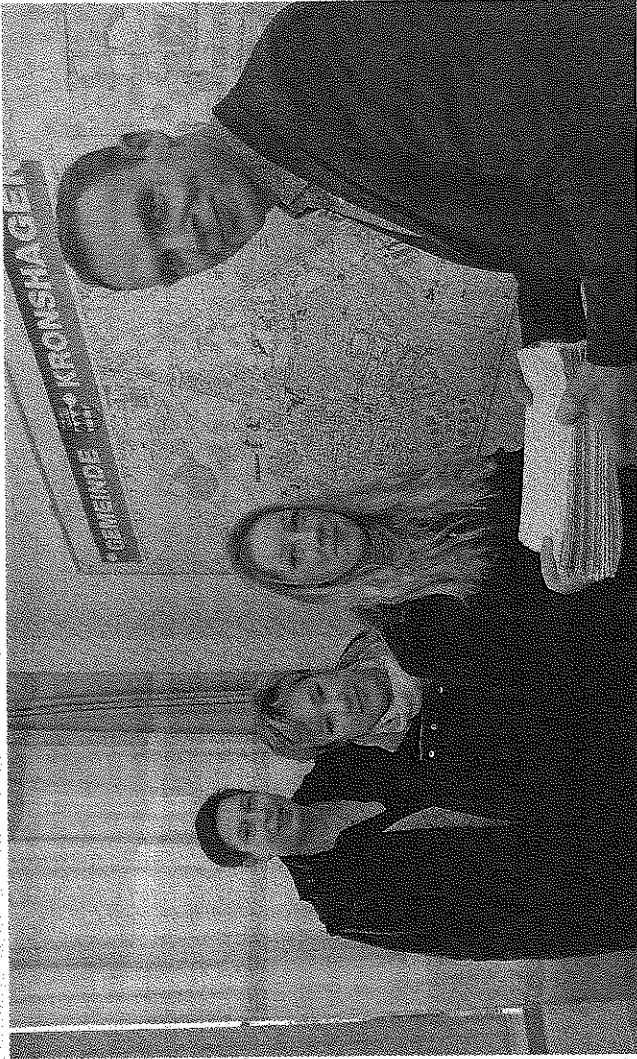
Deutsch als Zweitsprache (DaZ) von der Brüder-Grimman die Eichendorff-Schule, seien von den Mehrheitsfraktionen ignoriert worden.

Kritisch sehen die Initiatoren auch die Größe einer fusionierten

➔ **Ziel des Bürgerbegehrens ist ein Entschcheid gegen die geplante Fusion im Schuljahr 2017/18.**

ten Grundschule. „Wer eine planlose Zwangsfusion mit Erhöhung von Chancengleichheit verwechselt, ist von den Bedürfnissen der Kinder bei der Schulen meilenweit entfernt“, erklärte Stefan Laser, Mitinitiator des Begehrens: Es sei ein „Armutszeugnis“, dass bisher keine erkennbaren Schritte unternommen wurden, um die Unterrichtssituation an der Brüder-Grimm-Schule zu verbessern. Für Schneider und Laser sind Leitung und Kollegium der „wichtigste und essentielle Faktor“ an einer Schule. Deshalb sei es legitim, dass die Eltern der Eichendorff-Schule ihr Team behalten wollten.

Die Antragsteller erwarten von der Politik, dass sie nun



Antragstellerin Yvonne Schneider übergab Listen mit 2138 Unterschriften für das Bürgerbegehren an Bürgermeister Ingo Sander (CDU). Mit dabei waren auch Blanca Hellwig (links) und Nicole Wilde.

FOTOS: TORSTEN MÜLLER

keine Beschlüsse fasst, die dem Willen vieler Bürger entgegenstehen. Nach dem bisherigen Fahrplan soll in der Gemeindevertretung am 31. Januar über die mögliche Zusammenlegung abgestimmt werden. Thomas Kahle, CDU-Fraktionschef, signalisierte auf Nachfrage dieser Zeitung: „Jetzt Fakten zu schaffen, wäre nicht seriös. Wir nehmen

Kieler Nachrichten vom 17.01.2017

den Antrag auf ein Bürgerbegehren zur Kenntnis. Er ist demokratisch legitim.“ Wie die Fraktionen weiter verfahren werden, wollen sie am Donnerstag bei einem Treffen von Spitzenvertretern ausloten. „Es gibt eine Reihe von Optionen“, sagte Kahle. Inhalte wolle er allerdings noch „nicht aus der Tüte pusten“. Gunnar Heintze, SPD-Fraktionschef, sieht in dem Bürgerbegehren, ein „deutliches Mandat für die Politik – daran sollten wir uns orientieren“.

Bevor der Antrag auf einen Bürgerentscheid an die Kommunalaufsicht des Kreises

Bürgerentscheid wäre am 7. Mai zur Landtagswahl möglich

Rendsburg-Eckernförde weitergegeben werden kann, müssen im Rathaus zunächst die Unterschriftenlisten überprüft werden. Das kann einige Tage dauern. Anerkannt werden nur solche von wahlbe-

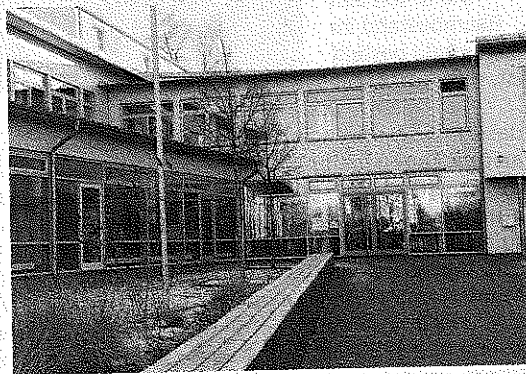
rechtigten Kronshagenern. Für das Bürgerbegehren war nach Angaben des Bürgermeisters Unterstützung von mindestens neun Prozent der Wahlberechtigten erforderlich, konkret etwa 900 Unterschriften.

Wird diese Zahl erreicht, muss die Kommunalaufsicht des Kreises Rendsburg-Eckernförde innerhalb von sechs Wochen die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens formalrechtlich überprüfen und dabei eine Stellungnahme der Gemeinde einholen. Als günstigen Termin für einen möglichen Bürgerentscheid hat die Behörde die Landtagswahl am 7. Mai vorgeschlagen.

Der Entscheid ist dann im Sinne der Fragestellung entschieden, wenn mindestens 18 Prozent der wahlberechtigten Kronshagener dafür votieren. Das Ergebnis ist einer Entscheidung der Gemeindevertretung gleichzusetzen und für zwei Jahre bindend.



Eltern der Brüder-Grimm-Schule fordern die Zusammenlegung der beiden Grundschulen, um die Bildungschancen aller Kinder zu verbessern.



Eltern der Eichendorff-Schule in Kronshagen leiten das Bürgerbegehren ein, weil sie die Fusion für voreilig halten.